

LEITARTIKEL



Von Alisha Mendgen

Union zwischen Pest und Cholera

Wenn CDU-Chef Friedrich Merz nicht aufpasst, droht ihm in nächsten Jahr um diese Zeit ein Scherbenhaufen. Ein Scherbenhaufen, für den Sahra Wagenknecht die Grundlage geschaffen hätte. Denn die Regierungsbildung im Osten hat das Potenzial, die CDU zu spalten – und damit auch die politische Karriere von Kanzlerkandidat Merz zu beenden. Die CDU-Führung muss dem BSW jetzt die roten Linien aufzeigen und die BSW-Landesparteien zur Abgrenzung von Wagenknecht drängen, um dieses Szenario zu verhindern. Sahra Wagenknecht zeigt derzeit immer wieder, dass es ihr nicht um konstruktives Regieren in den Ländern geht. So ließ sie sich am Wochenende eine weitere Koalitionsbedingung einfallen und forderte die Thüringer CDU auf, sich vom eigenen Bundesvorsitzenden zu distanzieren. Wagenknecht will einen Keil zwischen Bundes- und Landespartei treiben. Thüringens CDU-Chef Mario Voigt antwortete mit einem gemeinsamen Foto von sich und Merz und schrieb dazu: „Eine Union.“ Die Reaktion ist ein wichtiges Signal, wird aber die Gegner in der CDU nicht zufriedenstellen. Die Gruppe fürchtet um die Klarheit der Partei etwa zur Nato und zur Unterstützung der Ukraine. Sie geht auch davon aus, dass die CDU im Bund von einem Teil der Wählerinnen und Wähler abgestraft würde, wenn sie an der Stelle einknicken würde.



Die Regierungsbildung im Osten hat das Potenzial, die CDU zu spalten.

Trotz dieser schwierigen Gemengelage sollte die CDU versuchen, Koalitionen zu bilden. Ansonsten droht im Fall Thüringens die rechtsextreme AfD an die Macht zu kommen und Björn Höcke in die Staatskanzlei einzuziehen. Um Schaden von sich abzuwenden, darf sich die CDU nicht auf die Bedingungen Wagenknechts einlassen. Sonst droht ein zerstörerischer Streit in der Union, ein Wahlsieg von Merz wäre unwahrscheinlich. Wenn aber die CDU die BSW-Landesparteien dazu bringt, Abstand zu Wagenknecht einzunehmen, wäre die Lage für alle Beteiligten beherrschbar. Es ist offensichtlich, dass die Interessen des BSW in den Ländern und im Bund auseinandergehen: Frontfrau Wagenknecht ist nur an der nächsten Bundestagswahl interessiert. Wenige Monate nach der Parteigründung in drei Bundesländern zu regieren, liegt nicht im Interesse Wagenknechts, die weiter aus der Opposition heraus agieren will.

Unter dem Strich ist es für die CDU eine Wahl zwischen Pest und Cholera. Bricht sie die Gespräche mit dem BSW ab, muss sie in Kauf nehmen, einem AfD-Ministerpräsidenten in Thüringen den Weg zu ebnen. Geht sie dagegen den Weg der Regierungsbildung weiter, muss sie damit rechnen, dass Wagenknecht keine Ruhe geben wird. Letzteres wäre für die CDU allerdings eher auszuhalten – vorausgesetzt, Wagenknecht würde von den eigenen Leuten eingeehgt. Und genau danach sieht es aus.

KOMMENTAR



Von Sven Christian Schulz

Erfolg der Manipulation

Mit dem EU-Referendum und der Präsidentschaftswahl in Moldau wollte Präsidentin Maia Sandu ihren proeuropäischen Kurs stärken und die Bevölkerung hinter sich versammeln – und schlitterte in ein Desaster. Statt eines überwältigenden Sieges der EU-Befürworter sprachen sich nur 50 Prozent für einen Beitritt aus. Das Land ist gespalten, weil die gigantische Propagandamassine aus Moskau seit Jahren auf Hochtouren läuft. Misstrauen, Lügen und Fake News haben dazu geführt, dass große Teile der ländlichen Bevölkerung beim EU-Referendum mit Nein gestimmt haben. In weit mehr als 100.000 Fällen überzeugten Bestechungsgelder aus Russland auch Unentschlossene, gegen den EU-Beitritt zu stimmen. Vielen ging es dabei nur um die 50 Euro, die sie erhalten haben sollen. Für viele Moldauer eine große Summe.

Moldau befindet sich in einer brandgefährlichen Situation. In der EU wachsen die Zweifel, ob es sich lohnt, das Land auf seinem Weg in die Staatengemeinschaft zu unterstützen. Bislang ging man davon aus, dass eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung proeuropäisch eingestellt ist und möglichst schnell der EU beitreten will. Das Ergebnis des Referendums dürfte nun aber von Kritikern genutzt werden, um die Annäherung Moldaus an die EU infrage zu stellen. Dass die unverhohlene Wahlbeeinflussung und die dreiste Propaganda aufgingen sind, dürfte im Kramel die Sektorken Knallen lassen. Moskau merkt, dass seine Manipulationen Erfolg haben und wird weiterhin alles daran setzen, die moldauische Gesellschaft zu spalten und das Land zu destabilisieren. Die Wahl muss eine Warnung für den Westen sein. Denn was im kleinen Moldau erfolgreich war, wird Russland auch anderswo im großen Stil versuchen – mehr denn je.

THEMA DES TAGES



Kein klares Votum: Moldaus Staatschefin Maia Sandu verfehlte bei der Präsidentschaftswahl eine absolute Mehrheit und muss in zwei Wochen gegen den prussischen Kandidaten Alexandr Stoianoglo antreten.

Moldaus nächster Schritt Richtung Europa

In einem Referendum votiert trotz russischer Einflussnahme eine hauchdünne Mehrheit für einen EU-Beitritt. Präsidentin Sandu muss in zwei Wochen in die Stichwahl.

Von Sven Christian Schulz

Brüssel. Noch in der Nacht gab Moldaus Präsidentin Maia Sandu eine Erklärung ab. Massenhaft habe es Wahlfälschungen beim EU-Referendum und der Präsidentschaftswahl gegeben, sagte die 52-Jährige. 300.000 Stimmen seien mit Millionenbeträgen von kriminellen Gruppierungen mit Hilfe aus dem Ausland gekauft worden. „Wir haben es mit einem beispiellosen Angriff auf die Freiheit und die Demokratie in unserem Land zu tun“, prangerte Sandu an.

Woher die Attacken auf die Demokratie in der Ex-Sowjetrepublik kamen, musste sie gar nicht erst erwähnen. Seit Jahren unterwandert Russland mit gezielter Propaganda und der Finanzierung russlandnaher Parteien, Kandidaten und Kampagnen den proeuropäischen Kurs der Regierung in Chisinau. Schon in den Wochen vor der Abstimmung sind nach Angaben der Polizei Bestechungsgelder in Höhe von 14 Millionen Euro an 130.000 moldauische Bürger und Bürgerinnen gezahlt worden, damit sie gegen eine Verankerung des EU-Beitritts in der Verfassung stimmen. Vor allem in ärmeren Gegenden sollen viele mit Bargeld oder einer Überweisung auf russische Bankkonten gelockt worden sein.

Eine Stimme für 50 Euro

„Den Menschen, die ihre Stimme für 50 Euro verkauft haben, ging es einfach ums Geld“, sagt Brigitta Triebel, die das Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) in Moldau leitet. Die meisten seien nicht überzeugt, dass Putin ein besserer Partner für Moldau wäre. Bei einem Durchschnittslohn von wenigen Hundert Euro und einer hohen Arbeitslosigkeit gehe es vielen schlichtweg ums Überleben.

Am Ende sprachen sich etwas mehr als 50 Prozent für einen Beitritt zur EU aus, die notwendige Mehrheit ist damit hauchdünn erreicht. „Unsere Zukunft wird nun in der Verfassung verankert“, erklärte Sandu. Dass es überhaupt eine knappe Mehrheit gab, lag offenbar an den Stimmen von moldauischen Staatsbürgern im Ausland. In Moldau selbst befürworteten nur die Bewohner in der Hauptstadt Chisinau und in den umliegenden Bezirken einen Beitritt zur EU. Im Norden Richtung Ukraine waren die meisten gegen den Beitritt, ebenso in



Andrang in Moskau: Auch die in Russland lebenden moldauischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger konnten über den EU-Beitritt des Landes mitentscheiden.

es nie in die EU schaffen, der EU-Beitritt bedeute den Eintritt in den Ukraine-Krieg und bei einem Beitritt werde das Land an Ausländer verkauft und Migranten aus Deutschland nach Moldau gebracht. „Fast jeden Tag gab es ein neues Narrativ, das den Menschen Angst machen sollte.“ Besonders beunruhigend sind jedoch Meldungen der Sicherheitsbehörden, wonach Personen in Russland trainiert worden sein sollen, um Unruhe zu stiften und die Menschen aufzuwecken. Etwa 100 sogenannte Schläfer wurden in der letzten Woche festgenommen.

EU rügt „Einschüchterung“

Die EU verurteilte Russlands Einmischung scharf. „Die Abstimmung fand unter beispielloser Einmischung und Einschüchterung durch Russland statt, mit dem Ziel, die demokratischen Prozesse in der Republik Moldau zu destabilisieren“, sagte ein Sprecher der EU-Kommission am Montag in Brüssel. Natürlich erhalte Moldau auch weiterhin Unterstützung beim Beitritt zur EU.

Wenige Tage vor dem Referendum hatte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen Moldau besucht. Im russischsprachigen, moldauischen Fernsehen, das von vielen Menschen in Moldau verfolgt wird, wurde Sandu als Puppe in den Händen von der Leyens bezeichnet. Auch Bundeskanzler Olaf Scholz war vor zwei Monaten dort. Dem Referendum habe das aber nicht geholfen, sagen Beobachter. In den Dörfern und den kleinen Städten kommt von den Staatsbesuchen nichts an. Auch die vielen EU-Mittel für den Bau von Straßen und die Sanierung der Schulen konnte bei vielen bisher kein positives Bild von der EU zeichnen.

Wohin Moldau nun steuert, entscheidet sich in zwei Wochen. Dann findet die Stichwahl der Präsidentschaftswahlen statt. Die prowestliche moldauische Präsidentin Sandu hatte mit 42 Prozent der Stimmen die absolute Mehrheit verfehlt. Sie muss sich am 3. November gegen den prussischen Kandidaten Alexandr Stoianoglo (26 Prozent) durchsetzen. EU-Wahlbeobachter Tobias Cramer (SPD) kritisiert die russische Einflussnahme und Manipulation. Es sei nun umso wichtiger, in den nächsten zwei Wochen bis zu Stichwahl sicherzustellen, dass Russlands illegale Bedrohungs- und Manipulationsversuche aufhörten.

STORY DES TAGES

Wie viel Orban steckt in Fico?

Robert Fico ist seit nunmehr gut einem Jahr erneut slowakischer Ministerpräsident. Als Premier verfolgt er autokratische Bestrebungen und hält gute Kontakte nach Russland. Ist das Land auf dem gleichen Weg wie Ungarn?

Von Markus Schönherr und Sven Christian Schulz

Als die Dame aus der Personalabteilung an seine Tür klopfte, flankiert von zwei Hünen, öffnete Matej Drlica im Morgenmantel. Er hatte sich für den Tag krankgemeldet. Nachdem die drei weg waren, hatte er keinen Job mehr. Doch auch unter anderen Bedingungen, meint der ehemalige Direktor des slowakischen Nationaltheaters, wäre seine Kündigung fragwürdig gewesen.

Drlica ist nicht der Einzige, der seine Arbeit verloren hat. Neben ihm mussten auch die Direktoren der Nationalgalerie und des Nationalmuseums sowie etliche weitere Kulturverantwortliche gehen. Ziel sei es laut Kritikern, die erfahrenen Vertreter durch regierungstreue Funktionäre zu ersetzen. Die massive Entlassungswelle sorgt in den vergangenen Wochen immer wieder für Ummut über die Regierung von Ministerpräsident Robert Fico. „Er genießt, dass die Kultur leidet“, ist Drlica überzeugt. Ein Blick auf das vergangene Jahr zeigt: Der Kultursektor ist nur eine der Baustellen, an denen Fico und seine Regierungspartner die Demokratie untergraben.

Russland als „Friedensbringer“

Roh und nationalistisch sei die Kulturszene seit Ficos Wiederwahl vor einem Jahr geworden, meint Drlica. Damit stehe der Sektor stellvertretend für die gegenwärtige Politik der Slowakei – auch mit Blick auf den Krieg im Nachbarland Ukraine. Die obersten Vertreter der Regierungskoalition hätten Russland als „Friedensbringer“ beschrieben, Ursache des fortwährenden Kriegs sei ihrer Ansicht nach die Ukraine. Umso zynischer wirkt da der jüngste Besuch des Europaabgeordneten und Fico-Verbündeten Lubos Blaha in Moskau. Slowakische Medienberichten nach wollte er dort einen „Friedensplan“ präsentieren. Auch Premier Fico spielt mit dem Gedanken, zum Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs im kommenden Jahr nach Russland zu reisen. „Wenn der Krieg während der Amtszeit dieser Regierung endet, wird es alles Mögliche tun, um die wirtschaftlichen und standardmäßigen Beziehungen mit Russland wiederherzustellen“, betont er.

Die slowakische Gesellschaft ist tief gespalten. Als Populist versteht Fico es, zu polarisieren. Unter dem Motto „Keine weitere Kugel“ strich er der Ukraine die Waffenlieferungen, zugleich aber lässt er weiterhin private Rüstungshilfe zu. Anders als Ungarns Ministerpräsident Viktor Orban spielt Fico auf EU-Ebene aber nicht mit einem Veto bei der Ukraine-Hilfe oder den Sanktionen gegen Russland, um für sich Vorteile herauszuhandeln. Zum Erstaunen vieler EU-Diplomaten trägt er die Beschlüsse in Brüssel mit, auch



Zwei Männer, eine Richtung: Ungarns Ministerpräsident Viktor Orban (links) und der slowakische Ministerpräsident Robert Fico in Brüssel.

wenn er zu Hause vor seinen Landsleuten vehement gegen Brüssel wettert. Die EU sei ein Friedensprojekt, verhalte sich aber wie ein Kriegskabinett, sagte er in der vergangenen Woche. Bei einer Umfrage des Thinktanks Globsec gaben nur 40 Prozent der slowakischen Befragten an, dass sie den russischen Angriff als Kriegsursache betrachteten – eine der niedrigsten Zustimmungswerte in der Region. Fico befürwortet einen EU-Beitritt der Ukraine, unter keinen Umständen dürfe sie aber in die Nato.



Sie haben sich bisher nur selbst und ihren Oligarchen geholfen.

Zuzana Petkova, Verein Zastavme korupciu (Stoppen wir Korruption)

Der slowakische Ministerpräsident – der Welt spätestens seit dem Schussattentat auf ihn vor einem halben Jahr bekannt – regiert derzeit in seiner vierten Amtszeit (von 2006 bis 2010 und von 2012 bis 2018). Nach fünfzehn Jahren in der Opposition war seiner Smer-Partei im Oktober 2023 die Wiederwahl gelungen – mit einer prussischen Wahlkampfrhetorik und

Stimmung gegen den Westen. In Brüssel hat sich der 60-Jährige damit allerdings selbst ins Aus manövriert: Die Visegrád-Gruppe (Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Ungarn) ist mit Fico und Orban an der Spitze inzwischen Geschichte und hat damit auch ihren Einfluss eingebüßt. Kleinere Länder wie die baltischen Staaten und die nordischen Länder, die eng zusammenarbeiten, haben heute ein weitaus größeres Gewicht in der EU als Ungarn oder die Slowakei. Orban setzt daher auf Vetos – und Fico? Aus Bratislava fürchtet Jörg Bergstermann, Landesvertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), dass sich der Populist bald aus dem „Ideen- und Werkzeugkasten“ des ungarischen Präsidenten bedienen könnte – „solange dies Mehrheiten verspricht“.

Medien unter Aufsicht

Im Mediensektor lässt sich das schon jetzt beobachten. In einer umstrittenen Reform hatte das Parlament im Juni ein Gesetz erlassen, wodurch der öffentlich-rechtliche Rundfunk RTVS aufgelöst wurde. Der Sender heißt nunmehr STVR und untersteht einem Aufsichtsrat, dessen Mitglieder vom Parlament und dem Kulturministerium ernannt werden. „Das neue Management hat bereits begonnen, Druck bei regierungsrelevanten Themen auszuüben, und wechselte die Hauptmoderatoren der politischen Diskussionsformate aus“, sagt Sonja Weissova. Sie war einst Teamlei-

terin der Auslandsredaktion bei RTVS-Radio. Aus Protest hat sie den Sender vor Kurzem verlassen. „Die Medienfreiheit in der Slowakei ist in großer Gefahr“, sagt sie. Erst neulich schlug Fico die Gründung einer staatlichen Medienaufsicht vor. Auch Eignungstests für Journalisten seien vorstellbar, meint der Regierungschef. Anfragen dieser Zeitung an das slowakische Kulturministerium, den Rundfunksender STVR und das Pressebüro der slowakischen Regierung blieben dazu unbeantwortet. Dabei war die Ära des Linkspopulisten 2018 eigentlich schon für beendet erklärt worden. Damals waren Tausende Slowaken nach dem Mord an dem Journalisten Jan Kuciak und dessen Lebenspartnerin auf die Straße gegangen. Der 27-Jährige hatte zu Korruption und organisiertem Verbrechen in politischen Kreisen recherchiert. Die Massenproteste führten schließlich zu Ficos Rücktritt.

Im August gingen erneut Tausende Slowaken auf die Straße. Nicht jedoch, um gegen den Premier zu demonstrieren, sondern um dessen umstrittene Kulturministerin Martina Simkovicova zum Rücktritt aufzurufen. Sie wurde von Ficos Regierungspartnerin, der rechtsnationalistischen Slowakischen Nationalpartei (SNS), nominiert. Durch ihre Reformen – so Vertreter der Kulturszene – entscheide die Regierung bereits, was auf die Bühne darf und was nicht. Das traf zu Monatsbeginn auch das Thea-

anwaltschaft, die eigentlich Korruption auf höchster politischer Ebene untersuchen sollte, geringere Strafen für Wirtschaftskriminalität und Korruption, sowie kürzere Verjährungsfristen.

Sauer stößt Beobachtern auch die Schließung der Polizeisonderseinheit Naka auf. Warum Fico sich ihrer und der Sonderstaatsanwaltschaft entledigte, ist für Zuzana Petkova vom Verein Zastavme korupciu (Stoppen wir Korruption) offensichtlich: „Es war Rache. Weil die Behörde anfang, gegen ihn und seine engen Freunde zu ermitteln.“ Voriges Jahr habe die Smer-Partei die Macht mit dem Versprechen zurückerlangt, das Leben aller Slowaken zu erleichtern. „Dabei haben sie sich bisher nur selbst und ihren Oligarchen geholfen“, so Petkova.

Nationalismus, ein Maulkorb für Journalisten, eine scheinbar übermächtige Politclique: Droht die Slowakei ein zweites Ungarn zu werden? Darüber herrscht nach einem Jahr Fico-Regierung geteilte Meinung. Korruptionsbekämpferin Petkova sieht ihre Heimat bereits „auf dem gleichen Weg wie Ungarn unter Viktor Orban“.

Wichtiges Geld aus Brüssel

FES-Vertreter Bergstermann hingegen erwartet „keinesfalls eine ungarische Entwicklung“: Nicht nur, weil Fico für die Abschaffung des „Sauer“-Gesetzes eine Zweidrittelmehrheit im Parlament fehle, auch weil er mit einer „sehr kritischen Öffentlichkeit“ konfrontiert sei. „Wir sprechen hier nicht von einer Einbahnstraße Richtung Budapest“, meint auch Daniel Sitera, Politologe am tschechischen Institut für internationale Beziehungen (IIR). Wie weit Bratislava demokratisch abdriftet, darüber entscheide neben den Slowaken auch die EU. Am Ende geht es vor allem um Geld: Die Slowakei ist auf die Milliarden aus Brüssel angewiesen, eine Eskalation und ein dauerhaftes Einfristen der Gelder will Fico um jeden Preis verhindern.

Die EU-Kommission beobachtet die Entwicklungen in der Slowakei genau. Sie will ein „Ungarn-Szenario stoppen“, berichtet Kristina Chlebakova von der Denkfabrik European in Prag. Einige Gelder habe Brüssel bereits vorübergehend eingefroren, das betreffe den Post-Covid-Aufbauplan NextGenerationEU. Derzeit stimme Fico die Slowaken auf weitere mögliche Streichungen von EU-Geldern ein. Dazu setze er, ähnlich wie Orban, auf ein Brüssel-kritisches Narrativ, wonach einzelne Länder für selbstständiges Denken und Handeln bestraft würden, so Chlebakova. Zugleich ist die Expertin aber überzeugt: Brüssel werde keine drastischen Maßnahmen gegen die Slowakei ergreifen, solange Fico die EU-Linie mitträgt, insbesondere mit Blick auf die benachbarte Ukraine. „Das ist ein Spiel, welches Fico als gerissener und erfahrener Politiker sehr gut beherrscht.“



die welt der kindert
ars mundi

Decken-Mobile „Sonnensystem“

Ein Mobile wie kein anderes: Galilei wäre entzückt! Von diesem spektakulären Blickfang im beeindruckenden Format 135 x 45 x 18 cm (B/H/T) werden sie gar nicht genug bekommen können. Planetenkugeln aus Kunststoff, Oberfläche mit Papier. An Metallgestänge.

statt **198,-Euro** jetzt nur **178,-Euro**¹

1 inkl. MwSt. zzgl. Porto

Exklusiv für Sie

Limitiert, individuell und hochwertig

Nur bis zum **31.10.2024**

erhältlich auf www.arsmundi.de/efsshop



Bestell-Nr. EFS-698823

oder unter der Bestellhotline: (05 11) 34 843 83